

## **Regionale Partizipation Tiefenlager: Zusammenlegen!**

Von Markus Späth-Walter, Kantonsrat, Feuerthalen

Feststellung Nummer 1. Das für die Planung der atomaren Entsorgung federführende Bundesamt für Energie nimmt kein Blatt vor den Mund: «Ein Tiefenlager lässt sich nur realisieren, wenn es genügend Akzeptanz findet.» Die so genannte regionale Partizipation, die in diesen Wochen aufgegleist wird, hat letztlich nur einen Hauptzweck: Sie will herausfiltern, in welcher Standortregion den Atomlochplänen der geringste Widerstand erwachsen wird.

Feststellung Nummer 2. Von wenigen Gemeinden im südlichen und westlichen Teilen des Kantons Schaffhausen abgesehen sind die beiden möglichen Standortregionen Südranden und Weinland (seit kurzem verharmlosend in «Zürich Nordost» umgetauft) geografisch deckungsgleich. Trotzdem soll je eine getrennte Regionalkonferenz eingerichtet werden – zwar mit je gegenseitiger Vertretung, aber so, dass bei «Zürich Nordost» die Weinländer, bei «Südranden» die Schaffhauser klar die Oberhand erhalten.

Die Absicht ist klar – honni soit qui mal y pense: Dass Schaffhausen mit seiner gesetzlichen Verpflichtung zum Widerstand gegen eine Atomendlager in der Region den Partizipationsprozess dazu nützen wird, seine Opposition zu akzentuieren, ist auch den Bernern klar. Umso wichtiger aber ist es für NAGRA, BFE und Co., den Prozess im Standortgebiet Zürich Nordost so zu gestalten, dass das bisherige laue Widerstandslüftchen im Weinland nicht zum veritablen Sturm heranwächst. Während in Schaffhausen bei der Planung des Partizipationsprozesses die grossen Tenöre den Ton angeben, überlässt man im Weinland das Heft der Präsidentin einer Kleingemeinde, von der noch nie ein wirklich kritischer Ton zum Atomloch zu vernehmen war, und einem «Startmoderator» einer PR-Firma, die bisher vor allem mit horrenden Honorarbezügen von sich reden gemacht hat.

Angesichts dieser Ausgangslage gibt es nur eine Lösung: Die zwei Regionalkonferenzen Zürich Nordost und Südranden müssen aus sachlichen, organisatorische und politischen Gründen dringend zusammengelegt werden. Sachlich, weil die gegenseitige Betroffenheit auf Grund der räumlichen Verhältnisse identisch ist; organisatorisch, weil es einer Ressourcenverschleuderung gleichkommt, in einem monatelangen, teuren und aufwändigen Prozess zwei mal mit praktisch den gleichen Ansprechpartner das gleiche Thema zu bearbeiten; politisch, weil nur so das unsägliche «Teile und Herrsche» von BFE und NAGRA durchkreuzt werden kann.